

BLIKKWINKEL

Der gesundheitspolitische Check-Up des IKK e.V.

4. Mai 2012
1/2012



Editorial

Von *Hans Peter Wollseifer*
und *Hans-Jürgen Müller*



Liebe Leserin, lieber Leser,
heute erhalten Sie den ersten **BLIKKWINKEL** des IKK e.V. Mit diesem Newsletter wollen wir als Interessenvertretung der Innungskran-

kenkassen auf Bundesebene die Gesundheitspolitik aus unserem Blickwinkel beleuchten und kommentieren. Der IKK e.V., der alle klassischen, regional verankerten und handwerksnahen Innungskrankenkassen vertritt, setzt sich für die gesundheitlichen Belange von Mittelstand und Handwerk ein – sowohl aus Sicht der Arbeitgeber, als auch der Arbeitnehmer. Das zeichnet uns aus und aus dieser Perspektive wollen wir die Gesundheitspolitik einem Check-up unterziehen.

Unser **BLIKKWINKEL**, den wir in loser Folge veröffentlichen wollen, hat jeweils ein Schwerpunktthema. Die erste Ausgabe beleuchtet das für uns wichtige Thema Prävention. Der IKK e.V. hat die politische Diskussion darüber zum Anlass ge-

nommen, eigene Anforderungen an die Weiterentwicklung der Prävention zu formulieren. Diese möchten wir kurz umreißen.

Wir wünschen uns, dass unser Newsletter einen informativen Mehrwert für Sie bietet. Wir wollen Position beziehen und Denkanstöße geben. Ihre Anmerkungen, Lob oder Kritik sind willkommen!

Wir wünschen Ihnen nun eine interessante Lektüre!

Inhalt:

Was uns bewegt: Prävention / Was wir tun: Zahlen, Daten, Fakten / Was wir sagen: Pressemitteilungen / Was wir gelesen haben: Zitat zur Organspende / Impressum

Unsere Sicht

Überdruss am Überschuss

Beim Lesen so mancher Äußerung beginnt man zu glauben, die Krankenkassen schwimmen nur so im Geld. Der mit-schwingende Vorwurf: Die Überschüsse im Gesundheitsfonds und die Rücklagen der Kassen – die Beiträge der Versicherten – wollen die Kassen den Beitragszahlern unbedingt vorenthalten.

Die erfreuliche Finanzlage in der Gesetzlichen Krankenversicherung weckt natürlich

Begehrlichkeiten bei den Leistungserbringern nach mehr Geld – auch bei wahlkämpfenden Politikern nach Wählerstimmen. Ausschüttung von Prämien, Kürzung von Steuermitteln, Absenkung des Beitragssatzes oder mehr Geld für Krankenhäuser, Ärzte und Apotheken – derzeit überbietet man sich mit Wohltaten.

Doch wie kurzsichtig ist diese Denkweise! Statt die Überschüsse als nachhaltige Reserve zu betrachten, will man sehenden Auges in die nächsten Defizit-Rettungsmaßnahmen kurz nach der

Bundestagswahl steuern. Die aktuellen Überschüsse haben nur eine kurze Halbwertszeit; möglicherweise gibt es schon 2013 erste Defizite. 2014 dürften es schon zwischen 6 und 15 Mrd. Euro sein! Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird unweigerlich wieder größer. Schüttete man jetzt Prämien aus, wäre der nächste Zusatzbeitrag nicht weit.

Es bleibt zu hoffen, dass die Politik besonnen bleibt und es der Selbstverwaltung überlässt, über Prämien oder Mehrleistungen zu entscheiden.

Was uns bewegt

Prävention

Wer eine Präventionsstrategie entwickeln will, möchte eigentlich kein Präventionsgesetz. Nach den bisher gescheiterten Versuchen der Politik, ein solches Gesetz zu verabschieden, wollte die christlich-liberale Koalition vorsichtiger sein und die Regelungsansprüche deutlich herunterfahren. Mittlerweile nimmt der politische Diskussionsprozess Fahrt auf. Es scheint nach den bisher bekannt gewordenen Zielstellungen nicht ausgeschlossen zu sein, dass die neue Strategie mit einigen Gesetzesänderungen daherkommt. Steht uns also doch ein Präventionsgesetz „light“ ins Haus?

Wie auch immer die Strategie aussieht: Auf den Inhalt kommt es an. Einzelne bekanntgewordene Vorschläge sehen wir mit Skepsis: Ärzte gegen ein entsprechendes Entgelt zu Präventionsvermittlern zu machen wirft die Frage auf, ob die Ärzte dafür qualifiziert sind. Ärzte heilen Krankheiten; die Salutogenese (Gesunderhaltung) ist nicht deren Schwerpunkt. Auch die skizzierten Überlegungen zu sogenannten Gruppentarifen scheinen noch reichlich unausgegrenzt zu sein. Die Ausgaben der Krankenkassen für die Prävention pauschal zu verdoppeln – Prinzip Gießkanne –, wie es in der Union diskutiert wird, halten die Innungskrankenkassen für wenig sinnvoll. Hier würde mancher Euro nutzlos ausgegeben. Schließlich sticht noch der Nationale Rat für Prävention und Gesundheitsförderung ins Auge: Wollte man neue Institutionen nicht vermeiden?

Für die Innungskrankenkassen ist Prävention eine Herzensangelegenheit. Sie ist eine wichtige Ergänzung zu Kuration und Rehabilitation geworden und nicht mehr wegzudenken aus dem Gesundheitswesen. Dennoch fehlt eine – da stimmen wir der Bundesregierung zu – Gesamtstrategie. Aus Sicht der Innungskrankenkassen stellen sich die Anforderungen an die gesundheitliche Prävention wie folgt dar:



Das komplette Positionspapier zum Download unter:
www.ikkev.de

Gesundheit & Prävention in allen Politikbereichen!

Auch wenn es kaum noch einer hören will: Prävention ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Jeder einzelne ist gefragt, gesund zu leben. Und alle gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen sind gefragt, den Einzelnen zu unterstützen und die Rahmenbedingungen dafür bereitzustellen.

Betriebliche Gesundheitsförderung in KMU stärken

Die Betriebliche Gesundheitsförderung ist eine Erfolgsgeschichte! Sie ist weiter zu stärken, vor allem in den klein- und mittelständischen Unternehmen. Staatliche Regulierung ist allerdings fehl am Platze. Die BGF sollte weiterhin ein Wettbewerbsfeld bleiben. Die Innungskrankenkassen sind hier gut aufgestellt und Vorreiter für Innovationen.

Settingansätze ausbauen und Finanzierung sichern

Um gesundheitsfördernde Maßnahmen in den Lebenswelten (Betrieb, Kita, Schule etc.) zu befördern, sollten die Krankenkassen vom Jahresrichtwert (2,94 Euro pro Versichertem) einen Pflichtteil von 33 % als Untergrenze für Aufwände im Rahmen von BGF- und Settingaktivitäten vorsehen. Vor allem in Kitas und Schulen haben die Kassen vielfältige Projekte hinsichtlich Bewegung und Ernährung angestoßen. Diese Projekte sollten von den Trägern der Einrichtungen weitergeführt werden. Bund, Länder und Kommunen haben die Grundfinanzierung sicherzustellen.

Individualprävention mit Eigenverantwortung koppeln

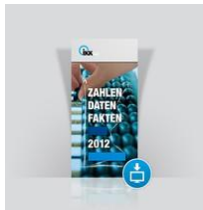
Der oft kritisierte Bereich „Individuelle Prävention“ ist geprägt durch eine angebotsinduzierte Nachfrage. Dies liegt in der Natur der Sache, denn alle Menschen, die für ihre Gesundheit sensibilisiert sind, sollen aktiv werden. Ungeachtet einer gezielteren Ansprache von Risikogruppen sollte der Bereich der individuellen Prävention weiterhin allen Versicherten offen stehen. Hierdurch wird die politische Forderung nach einer Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten Rechnung getragen.

Prävention im Rahmen der Pflege verbessern

Pflege und Prävention: Diese Kombination spielt noch immer eine untergeordnete Rolle. Es stehen kaum Primärpräventionsangebote für multimorbide Menschen zur Verfügung. Das Verständnis für gesundheitsfördernde Pflege ist unterentwickelt. Es wäre wünschenswert, wenn zielgerichtet Präventionsmaßnahmen für pflegebedürftige und multimorbide Menschen unter Einbeziehung gerontologisch-wissenschaftlicher Aspekte entwickelt werden.

Was wir tun




Zahlen, Daten, Fakten



Die Broschüre Zahlen, Daten, Fakten 2012 des IKK e.V. ist aktuell erschienen. Sie liefert Analysen aus dem aktuell verfügbaren Material des Jahres 2011 und thematisiert die Überschüsse. Zahlen, Daten, Fakten 2012 bietet einen kompakten Überblick über das IKK-System sowie die gesetzliche Krankenversicherung allgemein. Die Broschüre können Sie auf www.ikkev.de downloaden.

Stellungnahmen des IKK e.V.

Der IKK e.V. wurde seitens des BMG um Stellungnahme zu mehreren Gesetzentwürfen gebeten.

- 
Patientenrechtsgesetz: Der IKK e.V. begrüßt grundsätzlich das Ansinnen, Patientenrechte im BGB neu zu regeln. Auch die im SGB V neu geschaffene Möglichkeit für die Versicherten, die Kasse in Verzug zu setzen, wenn Leistungsanträge zu langsam bearbeitet werden, befürworten die Innungskrankenkassen vom Grundsatz her. Wir kritisieren unzureichende Regelungen zu den individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL).
- 
Pflege-Neuausrichtungsgesetz: Die Verbesserungen der Leistungen für an Demenz erkrankte Menschen begrüßt der IKK e.V. ausdrücklich. Gleiches gilt für die Stärkung der Rehabilitation, die Förderung neuer Wohnformen oder die Besserstellung der pflegenden Angehörigen.
- 
Kartellrecht: Die Bundesregierung will das Verhältnis der Krankenkassen untereinander und zu den Versicherten dem Kartellrecht unterwerfen. Dies lehnt der IKK e.V. ab. Dagegen wird die geplante kartellrechtliche Fusionskontrolle ausdrücklich befürwortet. Sie schützt vor marktbeherrschenden Krankenkassen in den Regionen.

Die Stellungnahmen stellen wir Ihnen gerne auf Nachfrage zur Verfügung.

Was wir sagen

IKK Brandenburg und Berlin: „Planungssicherheit für Brandenburger Kliniken. Einigung auf Landesbasisfallwert für 2012“ – [PM vom 09.03.2012](#)

IKK classic: „IKK classic mit Unternehmensaufbau im Plan. Ausgeglichene Jahresbilanz 2011“, – [PM vom 29.03.2012](#)

IKK gesund plus: „IKK gesund plus setzt auf Prävention“ – [PM vom 20.04.2012](#)

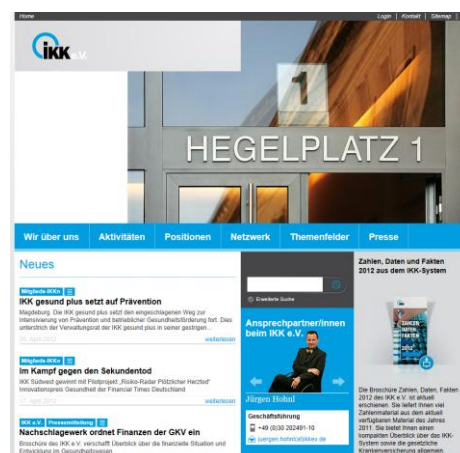
IKK Nord: „Zu hoher Blutdruck? Neues Programm unterstützt die individuelle Bewältigungsstrategie“ – [PM vom 17.01.2012](#)

IKK Südwest: „Im Kampf gegen den Sekundentod. IKK Südwest gewinnt mit Pilotprojekt ‚Risiko-Radar Plötzlicher Herztod‘ Innovationspreis Gesundheit der FTD“ – [PM vom 17.04.2012](#)

Was wir gelesen haben

Wir müssen „den Menschen bei diesem Thema auch mit einer gewissen Penetranz auf die Nerven [...] gehen!“

Jens Spahn MdB (CDU) zur Organspende im Tagesspiegel vom 02.03.2012



Weitere Informationen über den IKK e.V. sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie unter

www.ikkev.de

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen e.V., Hegelplatz 1, 10117 Berlin, info@ikkev.de. Der IKK e.V. ist die gemeinsame Interessenvertretung von IKK Brandenburg und Berlin, IKK classic, IKK gesund plus, IKK Nord und IKK Südwest.

Redaktion: Dr. Clemens Kuhne | Pressesprecherin: Fina Geschonneck | Verantwortlich: Jürgen Hohnl, Geschäftsführer

Sie können BLIKKWINKEL jederzeit per Mail, Telefon oder Fax wieder abbestellen (Tel. 030 202491-0; Fax 030 202491-50)